ROTE KOMMENTARE

BETRIEBSPROJEKTGRUPPE
HEIDELBERG
22. August 1969

DAS TARIFABKOMMEN BEI METALL

IG METALL UND UNTERNEHMER EINIG UND ZUFRIEDEN

Am 2. August einigten sich die Unternehmer von "Gesamtmetall" und der Vorstand der IG Metall auf ein neues Tarifabkommen: 8 Prozent Lohnerhöhung ab 1. September, Stufenweiser Abbau der Anrechnung der arbeitsfreien Samstage auf den Urlaub, Schutz der gewerkschaftlichen Vertrauensleute und der Jugendvertreter im Betrieb.
IG Metall-Vorsitzender Brenner:"Das neue Abkommen wird sich würdig in die Reihe der bahnbrechenden tarifpolitischen Erfolge der IG Metall einreihen."
Stellvertretender Vorsitzender von "Gesamtmetall", Knapp: "Ein Kompromiss der Vernunft."
Gewerkschaft und Unternehmer sind einig und zufrieden. Beide rechnen das Tarifabkommen als Erfolg für sich. Aber im Kampf zwischen Lohnarbeit und Kapital kann immer nur einer gewinnen.

UNZUFRIEDENHEIT BEIM IGM-VORSTAND BADEN-WÜRTTEMBERG

Nicht so zufrieden waren einige Landesvorstände der IG Metall. Sie kritisierten die geheime und zentrale Verhandlungsführung des Bundesvorstands und die angesichts der Wirtschaftsentwicklung zu geringe Lohnerhöhung. Der Vorstand der IG Metall Baden-Württemberg stimmte bei der Endabstimmung aus diesen Gründen gegen das Tarifabkommen.

IGM-MAUSCHELPOLITIK MIT DER UNTERNEHMERSPITZE

Bevor die IG Metall die Spitzengespräche begonnen hatte, forderte Brenner noch 12 Prozent Lohnerhöhung. Er begründete diese Forderung unter anderem mit den zahlreichen Zuschriften und Stellungnahmen der unteren Gewerkschaftsgremien und der Vertrauensleute in den Betrieben, die wohl wissen, dass die Unternehmer in den letzten zwei Jahren ungeheure Profite gemacht hatten, während die Löhne wegen der Stillhaltepolitik der Gewerkschaften stagnierten. Als die Tarifverhandlungen dann begonnen hatten, war von der demokratischen Willensbildung in den Gewerkschaften keine Rede mehr. Die Verhandlungen wurden von beiden Seiten strikt geheim geführt und damit jegliche Kontrolle von unten unmöglich gemacht. Seit der Konzertierten Aktion von Unternehmern, Staat und Gewerkschaften kann sich die Gewerkschaftsspitze weniger noch als seither leisten, eine Kontrolle ihrer Politik von unten zuzulassen. Um nicht offen zu zeigen, dass sie mit den Unternehmern gemeinsame Sache macht, muss sie Verhandlungen geheim führen. Aber die Arbeiter können an den Verhandlungsergebnissen sehen, was gespielt wird.

KONZERTIERTE AKTION : LOHNSTOPP.....

Nach der Krise von 1966/67 mussten die Arbeiter durch Lohnstopp dafür herhalten, die Wirtschaft über höhere Profiterwartungen der Unternehmer wieder anzukurbeln, nachdem sie in der Krise die Betroffenen waren. Zumindest die Grossunternehmen hatten noch in der Krise ihre Profite halten können, während massenweise Arbeiter entlassen oder zu Kurzarbeit gezwungen waren. In dieser Situation hatten sich die Gewerkschaften auf die Konzertierte Aktion eingelassen im Interesse der Gesamtwirtschaft, wie sie sagten. Das Interesse der Gesamtwirtschaft ist im Kapitalismus aber immer noch das Interesse des Kapitals. Für die Arbeiter bedeutete die Konzertierte Aktion zunächst einen unfreiwilligen Verzicht auf Lohnerhöhungen, während die Unternehmer noch zusätzlich zu den eingesparten Lohnkosten Steuererleichterungen vom Staat erhielt. Höhere Profite durch Lohnstopp und Steuererleichterungen sollten die Unternehmer geneigt machen, zu investieren, um die Wirtschaft wieder in Schwung zu bringen. Als Entschädigung für die Stillhaltepolitik der Gewerkschaften wurde den Arbeitern nur schöne Worte von "Sozialer Symetrie" versprochen. Die Soziale Symetrie sah dann so aus, dass die Unternehmer ihre Profite um über 20 Prozent steigern konnten, während die Löhne um weniger als 5 Prozent stiegen, was einem Stillstand gleichkommt, wenn man die Preissteigerungen bedenkt.

....UND KRISENMANAGEMENT

Die Konzertierte Aktion sollte aber nicht nur aus der Krise führen sondern eine Dauereinrichtung werden, um Stabilität und Wachstum der kapitalistischen Wirtschaft zu garantieren. Zwar werden die Krisen des Kapitalismus nicht durch die Lohnforderungen der Arbeiter entstehen, sondern durch die Widersprüche einer Produktion nur für die Profite der Unternehmer, wohl aber will man die Krisen abschwächen durch eine staatlich geplante Einkommenspolitik, d. h. man will die Krisen managen zu Lasten der Lohnabhängigen, indem man die Löhne plant, nicht aber die Produktion der Profite
aber die Produktion, die nach wie vor den Profitinteressen der Unternehmer folgt. Mit dem Eintritt in die Konzertierte Aktion haben die Gewerkschaften das Mittel des Lohnkampfes endgültig aus der Hand gegeben. Auch wenn sie noch Tarifverhandlungen führen, richten sie sich in ihren Forderungen nach den vorher festgesetzten Leitlinien des Wirtschaftsministeriums, die sich in der Hochkonjunktur nach dem Produktivitätsfortschritt der Wirtschaft orientieren und keinen Ausgleich schaffen für die in der Krise oder Flaute erlittenen Einbussen. Es wäre in der augenblicklichen Lage der Hochkonjunktur zumindest Aufgabe der Gewerkschaften gewesen, Lohnforderungen durchzusetzen, die wenigstens dem Nachholbedarf entsprechen. Stattdessen haben die Gewerkschaften nicht einmal die "Soziale Symetrie" erreicht, also das bisherige Verhältnis von Lohn und Profit wiederhergestellt, was immer noch beschissen genug wäre. Nach den Berechnungen der Gewerkschaften selbst hätte dieser Ausgleich zumindest eine Lohnerhöhung von 11,5 Prozent nötig gemacht. Aber die Gewerkschaften blieb sogar unter den "Zielprojektionen" des Wirtschaftsministers, die bei 10 Prozent lagen. Dabei war die Verhandlungsposition ausserordentlich günstig, denn die beste Situation für die Durchsetzung höherer Löhne ist eine Hochkonjunktur und Arbeitskräftemangel. Wenn die Unternehmer Arbeitskräfte brauchen und es sich nicht leisten können, sie auf die Strasse zu setzen, wie in Krisenzeiten, dann können Lohnforderungen durchgesetzt werden schon mit der Androhung von Streiks. Mit Eintritt in die Konzertierte Aktion aber haben die Gewerkschaften Ihr Konzept der Umverteilung durch Lohnkämpfe aufgegeben und sind selbst zu Bürokratien des kapitalistischen Krisenmanagements geworden. Mit dem neuen Tarifabkommen verfolgen sie praktisch auch eine Politik der Umverteilung, aber einer Umverteilung zu Gunsten der Unternehmer. Die Tarifautonomie ist so zu einer Tarifautonomie der Gewerkschaftsspitze gegenüber den Mitgliedern geworden, die die Gewerkschaftsspitze zusammen mit Staat und Unternehmern gegen die Interessen der Mitglieder einsetzt. In Kämpfen im Betrieb müssen die Arbeiter die Tarifautonomie selbst in die Hand bekommen und gegenüber der Gewerkschaftsbürokratie Urabstimmungen fordern.

DAS SPIEL MIT DER KRISE , DIE VERHINDERUNG DER AUFWERTUNG

Die Konzertierte Aktion soll angeblich Krisen verhindern. Aber sie kann nicht einmal verhindern, dass die Bundesregierung im Interesse der Grossindustrie, insbesondere der Exportindustrie sogar ein äusserst zynisches Spiel mit der Krise treibt. Krisen sind im kapitalistischen Wirtschaftssystem unvermeidlich. aber es gibt Mittel der Wirtschaftspolitik sie abzuschwächen und aufzuschieben. Die Krise von 1966/67 traf die Kapitalisten insofern, als sie nicht daran dachten, dass sie so schwerwiegend werden könnte. Aber sie wussten die Krise auch zu nutzen. Die unorganisierten Arbeiter konnten sich gegen die Auswirkungen der Krise nicht schützen. Das organisierte Kapital aber nutzte die Krise, um kleine Unternehmen auszuschalten und den Konzentrationsprozess des Kapitals zu forcieren. Sie nutzte die Krise auch, um die Arbeiter zu disziplinieren, Rationalisierungsmassnahmen einzuführen, die die Intensität der Arbeit und Damit der Ausbeutung erhöhten. Und sie nuzte die Krise, um die Gewerkschaften endgültig einzufangen in der Konzertierten Aktion. Angesichts dieser Erfolge des Kapitals, der der Krise folgenden extrahohen Profite und der Tatsache, dass die Grossunternehmen sogar in der Krise ihre Profite wegen des Lohnstops und der Kurzarbeit halten konnten, sind sie jetzt übermütig geworden. Bundesschatzminister Schmücker von der CDU behauptet sogar, die Krise sei gewollt gewesen und der Bankier Pferdmenges meint sogar, eine neuerliche Krise könne nichts schaden. So setzte sich das Grosskapital und vor allem die Exportindustrie über die Warnungen des besonnensten Vertreters der langfristigen Interessen des Kapitals, Karl Schiller, hinweg und verhinderte die Aufwertung der D-Mark, die allein die durch die Exportindustrie verursachte überhitzte Konjunktur bremsen könnte. Kiesinger, weniger von kapitalistischem Sachverstand als von den unmittelbaren Interessenten des Gross- und Exportkapitals beraten, lehnte die Aufwertung ab. Damit aber hat die Regierung eine Wirtschaftspolitik gemacht, die schon sehr bald wieder zur Krise führen kann und mit Sicherheit zu gewaltigen Preissteigerungen führen wird.
Eine aufgeblähte Exportindustrie bedeutet für die Arbeiter, dass sie zwar Beschäftigung finden, dass aber die Nachfrage der Arbeiter nach Konsumgütern auf ein zu knappes Angebot trifft, da ja mehr für den Export als für die Inlandnachfrage produziert wird. Deshalb steigen die Preise für Konsumgüter und der Reallohn fällt, selbst wenn die Löhne scheinbar steigen. Das Steigen der Preise ist also nicht Folge der Lohnerhöhungen, wie oft behauptet wird, sondern Folge einer überhitzten Konjunktur durch die aufgeblähte Exportindustrie, die zudem die Gefahr einer Inflationskrise mit sich bringt. Das kann man besonders jetzt gut bewisen, wo die Lohnerhöhungen noch nicht wirksam sind, und dennoch die Preisinflation längst begonnen hat, was selbst die Unternehmerzeitungen zugeben müssen. Die grossen Preissteigerungen sind aber erst für die Zeit nach der Wahl zu erwarten, da die Unternehmer sich noch zurückhalten, um die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung nicht vor den Wahlen mies zu machen. Nach den Wahlen können sie dann wieder das alte Lied singen, dass die Preissteigerungen notwengig seien wegen der Lohnerhöhungen. In dieser Situation ist das Tarifabkommen der Konzertierten Aktion für die Arbeiter doppelt beschissen. Sind die Lohnleitlinien für die Arbeiter schon deshalb unakzeptabel, weil sie nur das bestehende Verhältnis zwischen Lohn und Kapital beibehalten und die Ungleichheit für alle Zeit zementieren, dann besonders, wenn sie durch die kommenden Preissteigerungen schon bald überholt werden. Die Konzertierte Aktion heisst für die Arbeiter mit den Unternehmern durch dick und dünn zu marschieren: Dick für die Unternehmer, dünn für die Arbeiter.

Die Betriebsprojektgruppe trifft sich Freitags um 18 Uhr in der Sandgasse 7

DIE WEITEREN "BAHNBRECHENDEN ERFOLGE" der IG Metall

die IG Metall rechtfertigt die geringe Lohnerhöhung mit ihren "Erfolgen"in der Urlaubsregelung und em tarifvertraglichen Schutz für die gewerkschaftlichen Vertrauensleute und Jugendvertreter im Betrieb. Diese "Erfolge" muss man mit dem Vergrösserungsapparat anschauen, um sie zu erkennen.

DIE URLAUBSREGELUNG

Die Anrechnung der arbeitsfreien Samstage auf die Urlaubsberechnung, die praktisch darüber hinwegging, dass die Fünftagewoche durchgesetzt ist, wird nur stufenweise in vier Jahren abgebaut. Eine Politik der ARbeitszeitverkürzung, die zu den wichtigsten Aufgaben der Gewerkschaften gehört kann man das nicht nennen. Überhaupt nicht gefordert wurde von der IG Metallspitze, dass die Altersstaffelung und damit die Benachteiligung der jüngeren Arbeiter abgebaut wird.

FORTSETZUNG DER KONZERTIERTEN AKTION IM BETRIEB

Der tarifvertragliche Schutz der Vertrauensleute im Betrieb beschränkt sich auf die Pflicht des Unternehmers vor einer Entlassung sich mit dem Ortsvorstand ins Benehmen zu setzen. Dafür müssen die Namen der Vertrauensleute der Unternehmensleitung bekannt gegeben werden, wodurch sie besser kontrolliert werden können. Die tarifvertragliche Gleichstellung der Jugendvertreter mit der Stellung von Betriebsratsmitgliedern nach dem BVG wäre nur dann ein Erfolg, wenn es der Gewerkschaft gelänge, Betriebsratsmitglieder und Jugendvertreter, die dem Unternehmer zu politisch sind, im Betrieb zu halten. Dies vermag aber nur die aktive Solidarität der Kollegen. Die Schutzbestimmungen allein, die nichts erreichen, fördern nur die Illusion der partnerschaftlichen Zusammenarbeit von Arbeitern und Unternehmern. Als solche sind sie die Fortsetzung der Konzertierten Aktion im Betrieb.

Klassenkämpfe in Nordirland

I. Die Berichterstattung in der bürgerlichen Presse.

Wer in der letzten Woche die bürgerliche Presse zu den Kämpfen in Nordirland las, mußte den Eindruck erhalten, als handele es sich hier um einen Kampf religiöser Fanatiker, in den die Belfaster und Londoner Regierung als rettende Ordnungsmacht eingriff. Nur wer die Situation gut kannte, konnte sich aus der nicht mehr nur verstümmelten, sondern hochideologischen Darstellungsweise einigermaßen ein Bild machen. Zweck solcher Darstellungen ist die Niederhaltung sozialrevolutionärer Bewegungen in den kapitalistischen Ländern Westeuropas. Das läßt sich an verschiedenen Punkten zeigen. So durfte es die Presse nicht wahrhaben, daß es sich hier erstens um einen Kampf des nordirischen Proletariats gegen das Kapital und dessen Regierung handelte, die tatkräftig von der faschistischen Paisley-Bewegung unterstützt wurde, zweitens, daß die britische Regierung als koloniale Macht ihre Truppen nach Irland schickte, drittens, daß es in Belfast eine Studentenbewegung gab, die sich heute schon weit über die Universität hinausbewegt hat und deren Mitglieder als Sozialisten eine hervorragende Rolle in diesen Kämpfen pielten. Das alles durfte die bürgerliche Presse nicht wahrhaben.

II. Die wirtschaftliche Situation und die Klassenverhältnisse.

Schon die allerauffälligsten Probleme innerhalb der Sozialpolitik in Nordirland; wie Diskriminierung in der Wohnungsbeschaffung und die Arbeitslosigkeit stehen in engem Zusammenhang mit der gesamten Wirtschaftsstruktur Nordirlands sowie deren Verhältnis zum ausländischen Kapital von USA, BRD und Frankreich. Nordirland steckt halb in den Schuhen einer modernen kapitalisitischen Entwicklung, halb in den Schuhen vorindustriellen Bauerntums; dazu macht noch ein ganzer Sektor eine depressive Phase durch: es gibt Pachtbauern und eine sterbende Schwerindustrie und erst jetzt einen Komplex fortgeschrittener kapitalintensiver Industrie. Daneben besteht ein sich entwickelnder Dienstleistungssektor (Universität, Straßen, Schulen, technologische Institute), der vom britischen Staat unterhalten wird. Dazu zahlte die Londoner Regierung 1968 eine Milliarde DM für industrielle Investitionen, Arbeitslosenunterstützung und technische Ausbildung; d.h. die nordirische herrschende Klasse steht nicht vor der dringenden Notwendigkeit, alle Produktivkräfte der Provinz zu mobilisieren. Da sie sich nun nicht gezwungen sieht, die Arbeitslosenziffern (10 bis 25 %) zu senken, kommt ihr der religiös-ideologische Gegensatz von Protestanten und Katholiken aus dem 17. Jahrhundert gerade recht, die kapitalistischen Widersprüche auf dem Rücken des katholischen Proletariats auszutragen und so das gesamte nordirische Proletariat zu spalten.

Auf der anderen Seite gibt es neue Industrien in Nordirland, die durch Kapitaleinfuhr aus dem Ausland finanziert werden und einen Ersatz bilden für das Fehelen einer expansiven inländischen Kapitalistenklasse. Der springende Punkt dabei ist, daß diese eingeführte Kapital hopchentwickelt ist, d.h. wenig Arbeitskräfte benötigt und so keinen Einfluss auf die Arbeitslosenziffern hat. Es kommt dazu, daß das ausländische Kapital nichts zu zahlen hat für den Ausbau der Infrastruktur des Landes, somit den Grad der Ausbeutung wesentlich verschärft. Es kann seine Profite als Nettoprofite ins Ausland abführen.

III. Der politisch-organisatorische Ausdruck der nordirischen Klassenverhältnisse.

In Nordirland bilden seit dem Bürgerkrieg 1920 die Unionisten und und die Nationalisten 2 politische Blöcke, die durch religiöse Differenz zementiert sich wechselseitig bedingen. Dieses traditionelle Parteiensystem, das im nordirischen Parlament die Interessen der herrschenden Klassen aushandelt, hat die natürlichen Linien des nordirischen Klassenkampfes nahezu vollständig ausradiert.

Die protestantische Unionspartei, die Nordirland seit 50 Jahren unter Kontrolle hält, ist ein Block, der mindestens 5 verschiedene Klassen zu vereinigen sucht: 1. Landbesitzer 2. Industriekapital 3. städtisches Kleinbürgertum 4. Arbeiterklasse 5. Kleinbauerntum. Diese Partei steht unter dem Zeichen protestantischer Ideologie, wird zusammengehalten durch die kirchlichen Institutionen des "Orange Order" und angeführt durch die landbesitzende Klasse. Die landbesitzende Klasse ist ein Zweig der traditionellen englischen herrschenden Klasse und hat bedeutsame Verbindungen mit dem Industriekapital. Industrie- und Finanzkapital spielten politisch meist die 2. Geige, ihre ökonomischen Interessen wurden jedoch von den Landbesitzern sichergestellt. Die Integration der protestantischen Arbeiterklasse in diesen ultrareaktionären Block ist ein besonderes Wunder der Unionspartei.

Der nationalistische Block und die katholische Opposition. Die Politik dieses Blocks ist klerikaler Konservatismus, seine soziale Basis katholische Landbesitzer, Pachtbauern und Teile des bäuerlichen Proletariats. Doch ihre Position als unterdrückte Gruppe (Benachteiligung bei Kommunalwahlen), wurden die katholischen Bauern ständig dazu getrieben, die kath. Kirche für die Vertretung ihrer Forderungen einzusetzen, denn die kath. Kirche spielte die Rolle der fehlenden Mittelklasse.

IV. Der Beginn der Krise im Jahr 1968.

Durch das Abwirtschaften der katholischen Opposition war die katholische Mittelklasse total frustriert. Es gab für sie keine Möglichkeit, sich politisch zu äußern, noch sozial aufzusteigen. So war diese Gruppe darauf angewiesen ohne Verbindung mit ihrer Klasse für sich selbst zu handeln.
Die politische Friedhofsstille, die noch zu Beginn von 1968 herrschte, wurde durchbrochen durch eine andere soziale Gruppe: die Studenten. Die Bürgerrechtsbewegung entstand aus dem Zusammenschluss dreier Elemente: politisierter Studentenschaft in Belfast, einer unzufriedenen Mittelklasse und den Paupers. Die grundlegende Forderung gleichen Wahlrechts war für die herrschende Unionsklique ein harter Schlag ins sanfte Ruhekissen, und zwar über all dort, wo die Katholiken die Mehrheit besaßen. Die erste Bürgerrechtsdemonstration im August 1968 wurde sofort von der Polizei gestoppt.
Im Oktober 1968 bildete sich nach ungeheuren Brutalitäten der Polizei bei einer Demonstration in Londonderry die Organisation People's Democracy, deren organisatorischer Kern sozialistische Studenten bildeten. Von Anbeginn war es das Ziel der Sozialisten, deren Forderungen zunächst Arbeitsplätze und Wohnungen waren, dem politischen Sektierertum den Kampf anzusagen. Der Protestmarsch im Januar 1969 nach Londonderry wurde wieder von der Polizei brutal zusammengeschlagen. Diesmal antworteten die Arbeiter des Ghettos von Londonderry militant den Angriffen der Polizei.
Ein paar Tage lang war das Ghetto befreites Gebiet. Die Arbeiter hatten Barrikaden errichtet, verteidigten ihr Gebiet mit eigener Miliz, richteten Vollversammlungen ein und eine eigene Radiostation.
Das sofortige Ergebnis der Bürgerrechtsbewegung war die Sprengung der Unionspartei in die Fraktionen der Landbesitzer, des Kapitals und der kleinbürgerlich-faschistischen Paisley-Bewegung.

Die Kämpfe der letzten Woche hatten ihren Anlass darin, daß der "Lehrlingsverband" von Londonderry für die Katholiken höchst provozierend den Oranientag beging, der an die Vertreibung der Katholiken 1689 erinnern sollte. Die Umzüge waren in erster Linie von den faschistischen Paisleyanern in Szene gesetzt worden. Daß die katholischen Arbeiter den Kampf zu diesem Zeitpunkt begannen hat 2 Aspekte, einen religiös-sektiererischen und einen sehr politischen: daß hier nämlich konkret der Kampf gegen die Faschisten aufgenommen wurde. Mit der Intervention britischer Truppen war zunächst die politische Macht der Lokalbourgeoisie gebrochen, aber auch der Kampf des nordirischen Proletariats gestoppt. Erfolgreich war der Kampf für das nordirische Proletariat nur dann, wenn katholische und protestantische Arbeiter sich einigen.

Klassenjustiz gegen Arbeiter

Während sich in Heidelberg die Justiz von den Strapazen des AStA - Prozesses erholt, setzt sie anderer orts ihren Versuchfort, die Bundesrepublik von der derzeit einzigen Opposition zu befreien, der sozialen Bewegung der jungen Arbeiter, Schüler und Studenten. In Heidelberg ist es bisher gelungen, die Rachegelüste der Justiz in einigermaßen engen Grenzen zu halten. Das ist nicht überall so. Überall, wo die Justiz eine Chance sieht, zuzuschlagen, tut sie es auch. In Hamburg tobt sich jetzt die Justiz an dem sozialistischen Arbeiter Günther Schmiedel aus. Günther Schmiedel, der schon lange mit dem Hamburger SDS zusammenarbeitet, ist für Polizei und Justiz in Hamburg zum Symbol ihrer heimlichsten Ängste geworden: der Zusammenarbeit zwischen Studenten und Arbeitern auf breiter Basis. Auch hier in Heidelberg hat es Polizei und Justiz vor allem auch auf die jungen Arbeiter abgesehen, die mit den sozialistischen Studenten zusammenarbeiten, nicht weil diese Studenten sind, sondern weil sie Juristen sind. Der Prozeß gegen Werner Till war ein Beispiel für dieses Vorgehen der Justiz.

An Günther Schmiedel nun soll ein Exempel statuiert werden. Er wurde schon im Februar in den Räumen des Allgemeinen Studentenausschusses (AStA) in Hamburg verhaftet und wird seither rechtswidrig im Untersuchungsgefängnis gehalten. Aber damit geben sich die Justizherren nicht zufrieden. Sofort überstellten sie Günther Schmiedel an die Bundesanwaltschaft nach Karlsruhe, mit der Begründung er sei "DDR - Agent" Obwohl man in der Bundesrepublik sehr schnell zum "DDR - Agenten" gestempelt werden kann (viele oppositionelle Betriebsräte wurden mit dieser Masche gefeuert und hinter Schloß und Riegel gebracht), mußte die Staatsanwaltschaft diesen Vorwurf schnell fallen lassen. Da ließ sie sich was neues einfallen: Günther Schmiedel hatte nämlich seinen Wehrdienst bei den Fallschirmjägern abgeleistet. Das nahm die Staatsanwaltschaft zum Anlaß, ihn mit dem Lebach - Überfall in Zusammenhang zu bringen. Tagelang wurde Schmiedel sinnlos "verhört" und gequält. Dann mußte die Justiz auch diesen Vorwurf fallen lassen. Jetzt mußte sie sich dafür rächen, daß sich ihre Vorwürfe als hinterhältige Machenschaften entlarvt hatten. Jetzt mußte die Teilnahme Schmiedels an verschiedenen Demonstrationen dafür herhalten, ihn zum großen Rädelsführer aufzubauen. Aber auch diese Lüge war zweischneidig: denn damit mußte die Justiz zugeben, daß die derzeitige Protestbewegung keineswegs auf Studenten beschränkt ist. Prompt machte die Justiz aus dem Arbeiter Schmiedel den gefährlichen Verbrecher Schmiedel. Aber am Ende blieb nichts übrig als die üblichen Vorwürfe gegen DEmonstranten wie Landfriedensbruch, Aufruhr etc., alles Paragraphen die aus dem Kaiserreich stammen und gegen die damalige Arbeiterbewegung gerichtet waren. Insofern hat sich seit dem Kaiserreich nichts geändert. Sozialistische Arbeiter und Studenten werden heute behandelt wie damals - eine Tatsache an der das Geschwätz von Demokratie gemessen werden muß.

Inzwischen hat die "öffentliche" Verhandlung gegen Günther Schmiedel begonnen. Aber diese "Öffentlichkeit" ist der blanke Hohn: denn sie wird beim geringsten Anlaß ausgeschlossen. Und die Justiz hat guten Grund, die Augen der Öffentlichkeit zu scheuen. Ihr Hauptbelastungszeuge ist z.B. ein stadtbekannter Polizeispitzel, der seine nachweislichen Lügen zur Wahrheit machen will, indem er sie beschwört. Werden die Lügen des Polizeispitzels deshalb zur Wahrheit, weil der Polizeispitzel sie beschwört (schließlich wird er dafür bezahlt), so werden die Aussagen der Belastungszeugen dadurch entwertet, daß man die Entlastungszeugen gleich gar nicht vereidigt. Ohnehin droht der Staatsanwalt jedemEntlastungszeugen, ihn ebenfalls wegen Landfridensbruchs zu verfolgen.

Das sind die üblichen Tricks der politischen Justiz. So erhöhte z.B. die Esslinger Staatsanwaltschaft in einem Springer - Prozeß eigens die Anklage, um Entlastungszeugen selbst auf die Anklagebank zu bringen.

Nun macht die Klassenjustiz freilich täglich solche Geschichten, um dafür zu sorgen, daß die angebliche Gleichheit vor dem Gesetz nicht zum Nachteil derer ausschlagen kann, die die Gesetze machen und von ihnen profitieren. Das neue für die Justiz ist aber, daß wir solche Machenschaften nicht einfach hinnehmen.

Obwohl die Justiz durch U.-Haft und sonstige Quälereien, durch zielstrebige Verwanlung eines politischen Arbeiters in einen Verbrecher alles daran setzte, Schmiedel zu isolieren und fertig zu machen, mußte sie erfahren, daß sie es hier nicht mit einem einzelnen zu tun hat. Das muß die Justiz jetzt immer öfter erfahren. Auch im Heidelberger AStA-Prozeß wurden die 5 Angeklagten nicht bloß freigesprochen, weil sie unschuldig waren (das reicht im allgemeinen nicht aus, wenn einen Polizei und Justiz erst einmal in den Fingern haben), sondern weil klar war, daß wir eine Verurteilung nicht einfach schlucken würden.

Wenn der Staatsanwalt Günther Schmiedel vorwirft, seine "Gesinnung" sei "auf Widerstand und Kampf gegen die in der BRD bestehende Verfassung und Ordnung und auf deren Beseitigung gerichtet", so zeigt gerade das Vorgehen gegen den Arbeiter Schmiedel, daß selbst der Schutz der Verfassung für Sozialisten durch die Sozialisten erst noch erkämpft werden muß.

Günther Schmiedel wird vor allem die Teilnahme an einer Demonstration gegen Neonazismus und Vorbeugehaft vorgeworfen. Die Justiz setzt alles daran, zu beweisen, wie berechtigt und notwendig solche Demonstrationen sind.